

## **Rede zur Wahlkreisdelegiertenkonferenz, 21. Juni 2005 in Neustadt**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

heute Abend stehe ich 3 ½ Jahre nach meiner ersten Nominierung als Bundestagskandidatin erneut vor Euch und bitte um Eure Stimme, Euer Vertrauen und Eure Unterstützung. Zusammen mit Euch will ich das SPD-Direktmandat im Bundestagswahlkampf für unseren Wahlkreis auch für die kommende Wahlperiode erobern. Und dabei ist es NICHT entscheidend, ob die Bundestagswahl im September 2005 oder 2006 stattfinden wird – ENTSCHEIDEND wird sein, dass wir erneut GEMEINSAM kämpfen.

Gemeinsam haben wir 2002 in einem Kraftakt an Mobilisierung, mit der Unterstützung ALLER Ortsvereine und einem Musterbeispiel an Geschlossenheit in einem Wahlkampf, der auch noch Spaß machte, unser Ziel erreicht und das Direktmandat mit 48,5% der Erststimmen gewonnen. Dieser Herausforderung stelle ich mich jetzt wieder.

Ob Bürgermeister- oder Landratswahlen, Kommunal- oder Landtagswahlen ... die politische Landkarte zwischen Puttgarden und Reinfeld ist heute allerdings eine andere und überwiegend schwarz. Ich weiß nur zu gut, wie dieser Verlust von Mehrheiten in den letzten Jahren auf alle Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und in den Kommunalparlamenten frustrierend gewirkt hat und wirkt.

Und ich weiß nur zu gut, dass die mangelnde Akzeptanz für eine Politik von Rot-Grün im Bund mit unvermeidlichen Einschnitten ins soziale Netz angesichts einer dramatischen Finanzsituation von Bund und Ländern, angesichts des demografischen Wandels und angesichts der falschen Finanzierung der Deutschen Einheit dafür verantwortlich war.

Am meisten geschmerzt haben mich die vielen Parteiaustritte selbst von treuen alten Mitgliedern – nach 14 Jahren Arbeit im Ortsvereinsvorstand, nach 10 Jahren als stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende in Ostholstein und nun schon seit über 2 Jahren Mitarbeit im SPD-Landesvorstand ist mir neben der Arbeit in Berlin auch Zukunft und Perspektive der Partei eine Herzensangelegenheit. Glaubt mir: In den letzten 2 Jahren war dieser Spannungsbogen zwischen Fraktions- und Parteiarbeit auch bei mir mancher Belastungsprobe ausgesetzt.

Aber gerade WEIL ich um diese sozialen Enttäuschungen ebenso wie um die knallharte Realität der öffentlichen Haushaltmisere und die Verantwortung für eine immer älter werdende Gesellschaft weiß, rufe ich Euch zu: lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass mit dem Gewinn dieses SPD-Direktmandates für den Bundestag die politische Landkarte unseres Wahlkreises nicht noch schwärzer wird, als sie sowieso schon ist! Mit 10.000 Stimmen Vorsprung bei den Erststimmen vor der CDU haben wir 2002 eine Ausgangslage geschaffen, um die es sich zu kämpfen lohnt.

Auch wenn die CDU heute so siegesgewiss ist – NOCH hat sie diesen Wahlkreis nicht gewonnen! Und auch im Frühsommer 2002 glaubten die meisten Ortsvereine und Medien NICHT an unsere Chance auf einen Wahlerfolg – und dann haben wir das Blatt dennoch gemeinsam gewendet.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, im Kampf um das Direktmandat in Ostholstein und Nordstormarn lasse ich mich selbstbewusst an dem messen, was ich im letzten Wahlkampf versprochen habe.

Ich habe Euch meinen umfangreichen Rechenschaftsbericht vorgelegt und informiere Euch – und alle die informiert werden wollen – seit fast 2 Jahren monatlich in meinem „Bericht aus Berlin“ über aktuelle Gesetzesvorhaben, Inhalte, Zielsetzungen und meine persönliche Meinung dazu.

Initiativen, Kontakte, Gesprächspartner und Termine – ich will mit meiner Arbeit in Berlin für Euch transparent sein, denn ich habe nie vergessen, dass Ihr und die Wählerinnen und Wähler dieses Wahlkreises mich direkt mit dem Mandat für den Bundestag ausgestattet habt.

Selbstbewusst kann und will ich nach drei Jahren Bundestagsarbeit in Berlin bei den Wählerinnen und Wählern den Beweis antreten, dass ich 2002 nichts versprach, was ich nicht gehalten hätte.

Ich habe meine Einkünfte komplett offen gelegt, habe eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert zu allen Themenbereichen, die im Wahlkreis "unter den Nägeln brannten", war in jeder Region regelmäßig präsent, habe die Kontakte von Puttgarden bis Reinfeld gepflegt und dabei insbesondere der Politikverdrossenheit der jungen Menschen entgegenzuwirken versucht. Dem Ganztagsschulprogramm galt mein besonderer Einsatz. Ob Vereine oder Verbände, Jugendpfleger oder Bürgermeister, Betriebsräte oder Gleichstellungsbeauftragte – die Kette derer, die meine Unterstützung nachgefragt und bekommen haben, ist lang.

Zur Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich bewusst noch einmal in meiner Bewerbungsrede vom 8. Oktober 2001 geblättert und dort folgende Passage gefunden:

„Die Menschen wissen, dass ich ihnen zuhöre – den Jungen und Alten, den Frauen und Männern, den Eltern und Kindern, den Selbstständigen

wie Arbeitnehmern, den Landwirten und Umweltschützern, den Feuerwehrleuten, Vereinen und Verbänden, den Menschen in Initiativen, mit sportlichen, kulturellen und vor allem sozialen Anliegen. Sie trauen mir zu, bezahlbare Lösungen für ihre Probleme zu finden, sie kennen meine Kreativität, wenn es um Projekte zum Wohle der Region geht. Sie wissen, dass ich mein Fähnlein nicht in den Wind hänge und sage was ich denke – selbst, wenn es unpopuläre Wahrheiten sind. Meine Hartnäckigkeit und Standfestigkeit sind bekannt, ich kämpfe für die Ziele, von deren Richtigkeit ich überzeugt bin. Die Menschen haben mein Engagement für Kinder und Jugendliche erfahren ... , dass ich um Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort ebenso kämpfe wie für verbesserte Schulangebote und dass – trotz dieser Ziele – mir stets bewusst bleibt, dass jede Mark, die ausgegeben wird, erst einmal verdient sein muss.“

Dieses Zitat beschreibt – wie ich denke – meinen Politikstil auch heute noch sehr gut. PRAGMATISMUS und DURCHSETZUNGSKRAFT habe ich mir in 20 Jahren Kommunalpolitik erworben. Die Lehrjahre als Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin am Bungsberg haben sich im Berliner Alltag als besonderer Erfahrungsschatz erwiesen.

Im Haushaltsausschuss und dort Hauptberichterstatterin für das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geworden zu sein. Damit konnte ich auch auf Bundesebene die Chance nutzen, die Themen "Familie" und "Jugend" nach vorne zu bringen, die mir schon auf kommunaler Ebene besonders am Herzen lagen. Tagesbetreuungsausbaugesetz, Ganztagsbetreuung und Beteiligung der Jugend am politischen Geschehen, Projekte für Demokratie und gegen Rechtsextremismus – das sind Schwerpunkte meiner Arbeit in Berlin. Im

Familienministerium angesiedelt sind zudem die Freiwilligendienste und der Zivildienst – in Zeiten der Diskussion um die Zukunft der Wehrpflicht ein besonders wichtiges Thema auch für die Wohlfahrtsverbände.

Außerdem bin ich im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages Hauptberichterstatteerin für das Innenministerium – eine sehr umfangreiche Aufgabe. Ich engagiere mich im Tourismusausschuss und – wen wundert's - in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Fraktion: mit der Gemeindefinanzreform, der Sozialhilfereform und Hartz IV hatten wir in den letzten 2 drei herausragende Gesetzesvorhaben mit erheblichen Auswirkungen für die Kommunen, bei denen ich mich besonders eingesetzt habe. Als Mitglied der "Küstengang" habe ich schwerpunktmäßig die Interessen der Ostseeregion im Blick – die Sicherheit im Hinblick auf drohende Umweltkatastrophen liegt mir dabei besonders am Herzen. Und seit seiner Gründung arbeite ich im Beirat für Nachhaltigkeit im Bundestag mit dem Schwerpunkt Finanzen und der Verantwortung für die Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte.

BODENSTÄNDIGKEIT und STANDFESTIGKEIT sind auch in der SPD-Bundestagsfraktion, im Haushaltsausschuss, im Tourismusausschuss und in der AG Kommunalpolitik mein Markenzeichen geworden und dort unverzichtbare Voraussetzung, wenn ich konkrete Erfolge für die eigene Region erringen will und errungen habe.

Aus dem Rechenschaftsbericht will ich nur einige herausgreifen:

Selbstbewusst kann ich darauf verweisen, dass durch meine Interventionen 720.000 Euro 2004 zusätzlich für **berufsvorbereitende Maßnahmen** für Lübeck und Ostholstein bereitstanden, die vor allem gemeinnützigen Trägern und den Jugendaufbauwerken zu Gute kamen.

Das **Küstenwachzentrum hat Neustadt** zwar trotz meines monatelangen Einsatzes an Cuxhaven verloren, dafür konnte ich aber bei Innenminister Otto Schily zugunsten des BGS-Standortes Neustadt die Einrichtung eines Aus- und Fortbildungszentrums erreichen, es wird bereits im September 2005 seinen Betrieb aufnehmen.

Die Bundeswehrstandorte waren immer ein Schwerpunkt meiner Arbeit, zusammen mit Walter Kolbow habe ich die Rettberg Kaserne in Eutin besucht. Bei der Standortentscheidung wurde kein einziger Stützpunkt in Ostholstein oder Nordstormarn geschlossen. Heimische Soldaten konnte ich auch bei meinen zwei Reisen in den Kosovo treffen. Dort habe ich mir unter anderem einen Eindruck von der Arbeit von "Schüler Helfen Leben" machen können.

Ich habe im Haushaltsausschuss dazu beigetragen, dass die GA-Mittel West auch für 2005-2007 mit Planungssicherheit fortgeschrieben werden konnten. (Gewerbegebiete Oldenburg, Eutin und Neustadt)

In Berlin habe ich mich stets für die Straßenbaumaßnahmen in Ostholstein und Nordstormarn stark gemacht, sowie für die Umsetzung der Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck erfolgreich gekämpft.

Ich hatte 83 Besuchergruppen mit insgesamt 2.324 Personen aus Ostholstein und Nordstormarn in Berlin, davon ca. 85% Schulklassen. Ich habe zum Girls Day, Ladies Day, Sozialen Tag, Jugend im Parlament, Projekt P und Jugendpressetag Menschen aus meinem Wahlkreis eingeladen und mich mit Wirtschaftsunioren und Betriebsräten getroffen.

Im September 2004 habe ich eine junge Mutter als Auszubildende in meinem Berliner Büro angestellt. Sie wird bis 2007 zur Kauffrau für Bürokommunikation ausgebildet.

Ich bin eine "Gläserne Abgeordnete" und habe in meinem Rechenschaftsbericht selbstverständlich – und von Beginn an – ALLE Einnahmen und Ausgaben als Abgeordnete veröffentlicht.

Als SPD-Abgeordnete haben wir:

- auf jeden Vorschlag zur Diätenerhöhung verzichtet,
- alle Einschnitte ins soziale Netz ob bei der Gesundheits- oder den Rentenreformen – 1:1 auf Beamte und Abgeordnete übertragen – OHNE die Unterstützung von CDU/CSU und FDP (wie letzte Woche im Plenum!, CDU will das Gesetz jetzt über den Bundesrat aufhalten und „verfallen“ lassen).
- GEGEN die Stimmen von CDU/CSU und FDP nicht nur die Offenlegung der Managergehälter gesetzlich geregelt,
- ALLEIN mit der Koalition den Gesetzentwurf zur Offenlegung von Nebeneinkünften bei Abgeordneten eingebracht.

Wenn es konkret wird, dann will die Union auch künftig sich nicht in die finanziellen „Karten“ schauen lassen – die FDP schon gar nicht – und die von ihnen vertretenen Lobbyisten erst Recht nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen: wenn die CDU jetzt mit ihrer vermeintlichen „Ehrlichkeit“ in den Wahlkampf zieht, dann müssen wir sie und ihre Scheinheiligkeit an Hand solcher Beispiele gemeinsam entlarven.

Die Ehrlichkeit der CDU/CSU kann darum nicht nur daran bemessen werden, was sie heute verspricht und in Zukunft tun will. Nein. Die Unehrlichkeit der CDU/CSU wird deutlich, wenn man vergleicht, was die Politiker in ihren Reihen HEUTE sagen und – im Gegensatz dazu - die letzten 2 Jahre gesagt und getan haben. Bei der CDU/CSU regiert der Populismus und mangelnde Verantwortung für das Wohl der Menschen und des Landes. Ihre Blockadepolitik ist der Hauptgrund dafür, dass Bund und Länder finanzpolitisch mit dem Rücken zur Wand stehen.

Viele Menschen haben den Irrglauben, dass die Maßnahmen von der Gesundheitsreform bis zu Hartz IV quasi „auf SPD-Mist“ gewachsen seien.

Richtig ist: sie alle sind angesichts der schwarzen Mehrheiten im Bundesrat nur im Kompromiss mit der CDU zustande gekommen. Dieser Irrglaube wurde von CDU/CSU gepflegt, die öffentlich keine Mitverantwortung übernahm, sich regelmäßig „in die Büsche schlägt“, wenn es unpopulär wird, und teilweise sogar gegen Gesetze wie Hartz IV auf der Straße protestiert, die sie selbst mit beschlossen hat. Das ist feige und unredlich, wurde aber leider weder bisher von den Medien kritisiert noch von den meisten Menschen erkannt. Das müssen WIR tun!

Jüngstes Beispiel aus diesen Tagen: Horst Seehofer kritisiert die zum 1. Juli in Kraft tretende Umfinanzierung bei Krankengeld und Zahnersatz. Sie ist Teil der Gesundheitsreform und wurde gemeinsam mit CDU/CSU und ihm persönlich als "Vater" der Gesundheitsreform selbst ausgehandelt!

Dabei hat die Gesundheitsreform ihr Ziel erreicht: Seit ihrer Einführung wurden über 6 Mrd. Euro bei den Krankenkassen eingespart – was dringend nötig war, um unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu

bewahren und den Anstieg der Beiträge zu stoppen. ALLE Gesundheitsminister VOR Ulla Schmidt von Horst Seehofer bis zur Grünen Andrea Fischer haben sich an diesem Kraftakt die Zähne ausgebissen und sind im Lobbyistenschwungel gescheitert. Insofern war es ein Erfolg, dass es ÜBERHAUPT diese unpopuläre, notwendige Reform gab.

JETZT haben die Wählerinnen und Wähler aber eine glasklare Entscheidung zu treffen: Bürgerversicherung oder Kopfpauschale?

Wir wollen mit der Bürgerversicherung die gesetzliche Krankenversicherung weiterentwickeln und stärken. Künftig sollen alle Erwerbstätigen (auch Freiberufler) einzahlen. Zusätzlich sollen – als zweite Säule – auch Beiträge auf Kapitaleinkünfte erhoben. Natürlich mit Freibeträgen, so dass nur "Vermögende" von Abgaben auf ihr Kapitalvermögen betroffen sind (Bsp. Ehepaar ab 90.000 Euro). Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen werden entlastet, Besserverdienende und Kapitalvermögende belastet. Das ist sozial gerecht und notwendig.

Der Präsident des Wirtschaftsrates der CDU Lauk weist einen anderen Weg und behauptet: "Wir können uns die gesamten Sozialgesetze nicht mehr leisten." Michael Glos ergänzt (lt. LN vom 15. Juni): „Der notwendige Umbau des Sozialstaates ist zwangsläufig mit Kürzungen verbunden.“

Die Kopfpauschale ist da nur ein bezeichnendes Beispiel: Hausmeister und Manager sollen das gleiche zahlen, nämlich etwa 7 Prozent ihres Einkommens – aber maximal 109 Euro. Das reicht natürlich hinten und vorn nicht zur Finanzierung der Gesundheitskosten, weshalb

medizinische Leistungen drastisch auf das „medizinisch Notwendige“ (was immer das heißt) eingeschränkt werden müssen. Besser- und Spitzenverdiener werden entlastet und können sich durch private Zusatzversicherungen weiterhin Spitzenmedizin leisten. Horst Seehofer kommentierte dazu passend: "Die Gewinner sind Gutverdiener." (Süddeutsche, Okt. 04) Wie die notwendige jährliche Steuerbezuschung im zweistelligen Milliardenbereich finanziert werden soll, lässt die CDU/CSU offen.

Der Wirtschaftsrat der CDU packt aber noch einen drauf und nennt das Ziel der CDU unverblümt: "Drosseln der Umlagefinanzierung und zügiger Aufbau einer Kapitalvorsorge. Für die Risiken des Alters, der Gesundheit und der Pflege muss der Bürger schrittweise in die Eigenverantwortung hineinwachsen. Wer sein Auto versichert, kann zwischen Haftpflicht, Voll- und Teilkasko mit oder ohne Selbstbeteiligung wählen."

„Eigenverantwortung“ – hier eine schönfärberische Umschreibung für Entsolidarisierung! Was jahrzehntelang in diesem Lande galt, was der Kern unserer Sozialversicherungssysteme ist – dass die breiten Schultern für die schmalen tragen, dass Gesunde für Kranke und Junge für Alte einstehen – das soll aufgekündigt werden.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen – was Angela Merkel mit der Kopfpauschale und den Sozialgesetzen in Deutschland vor hat, das lässt Maggie Thatcher im Vergleich zur Mutter Theresa werden.

Bei der Rente haben wir geschafft, was der Kohl-Regierung vor uns scheinbar nicht wichtig war: der Beitragssatz zur Rentenversicherung ist mit 19,5% seit dem 1.1.2003 konstant geblieben – und das, TROTZ unserer älter werdenden Gesellschaft und TROTZ der bekannten Probleme! Auch 2006 kann das Niveau gehalten werden. Zur

Erinnerung: 1998 zahlten Arbeitnehmer und Betriebe zusammen stolze 20,3%. Hätten wir nicht gegengesteuert und auch schmerzhaft Maßnahmen ergriffen läge der Beitragssatz heute bei über 22%. Allein die Ökosteuer bringt 16 Mrd. Euro bzw. 1,7 Beitragspunkte!

Unser Ziel: das tatsächliche Renteneintrittsalter und die tatsächliche Lebensarbeitszeit verlängern. Abschläge bei der Frühpensionierung von Beamten und bei früherem Renteneintritt, das Zurückführen der Altersteilzeit und Maßnahmen, damit ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell unterstützt länger in den Betrieben bleiben, sind unsere Ansätze.

Alles was der Union zu diesem Thema einfällt, ist die "Rente ab 67". Das forderten Spitzen der CDU am Wochenende, bis 2011 wollen sie das Renteneintrittsalter anheben. Andere Lösungswege werden erst gar nicht in Betracht gezogen, oder aber, mal wieder blockiert.

Beispiel: wirkungsgleiche Umsetzung des Nachhaltigkeitsfaktors auf die Pensionen der Beamten. Angela Merkel will die Anpassung stoppen. Das ist Inkonsequenz vor dem Herren und letztendlich unverantwortliche Klientelpolitik auf dem Rücken ALLER zugunsten der pensionierten Beamten.

Michael Glos verkündete gar: "Die Einnahmen müssten auch in der Sozialpolitik die Ausgaben bestimmen." Was diese Aussage für die Rente angesichts der heutigen Steuerzuschüsse bedeuten könnte, ließ er aber völlig im Unklaren. Zur Information, die Steuerzuschuss betrug 2003 61 Mrd. Euro.

In der Arbeitsmarktpolitik haben wir seit 2002 viel verändert. Ihr kennt die Maßnahmen, Hartz I bis Hartz IV – ich habe darüber auch ausführlich im Bericht aus Berlin berichtet. Stichwort: Fördern und Fordern. Auch diese Gesetze konnten wir nur im Kompromiss mit CDU/CSU umsetzen. Wir

haben dafür die Prügel bezogen, wir stehen dafür gerade, während sich die CDU in die Büsche schlägt. Klar ist, dass bei so komplexen Reformen – insbesondere bei Hartz IV – nachgebessert werden muss. Darauf hatten wir uns lange vor der Diskussion um Neuwahlen für den Oktober 2005 verständigt.

Die Maßnahmen sind grundsätzlich notwendig, die Richtung stimmt. erinnert euch mit mir gemeinsam, es war ein Arbeitsamtschef Jagoda, der vor gut 3 Jahren über ein Statistikskandal stolperte, bis dahin haben von 90.000 Beschäftigten sich nur 10% um die Vermittlung gekümmert und über 80.000 um die Verwaltung der Arbeitslosigkeit. Ich wünschte mir, dass manch großer Betrieb oder große Verwaltung sich in dem Tempo reformieren würde, wie es bei der Bundesagentur für Arbeit bei allen Abstrichen dennoch gelungen ist. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort gebührt unsere Anerkennung – das ist kein leichter Job in diesen Zeiten!

Wir wollen die Vermittlung in Arbeit, das Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung nicht Privatisieren, sondern das Know-How der bewährten Mitarbeiter nutzen, damit nicht nur das FORDERN, sondern auch das FÖRDERN ernst genommen wird.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich sage es hier klipp und klar – der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, um verändern zu können und zu bewahren, um Deutschland weiterzuentwickeln und allen – Kindern, Jugendlichen, Frauen, Arbeitslosen, Arbeitenden und Älteren – eine Chance geben.

WIR WOLLEN VEREINEN - die Union grenzt aus.

Dazu 5 aktuelle Beispiele als Beleg:

Erstens: Auf der einen Seite fordert die CDU populistisch eine 24monatige Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere. Das kommt auf den 1. Blick gut bei den Medien und den Leuten an, aber es lohnt sich genauer hinzuschauen: Da heißt es nämlich zuerst:

- generelle Kürzung des Arbeitslosengeldes für alle Arbeitslosen um 25% in der ersten Bezugsdekade
- Nach 10 Jahren besteht erst der Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld
- nach 25 Jahren auf 18monatiges
- und erst nach 40 Jahren auf ein 24monatiges Arbeitslosengeld.

Der Anspruch ist aber schnell aufgebraucht ... und erst nach 10 Jahren besteht dann wieder Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld! Gerade für Frauen, Geringqualifizierte und diejenigen, die häufig einen Arbeitsplatzwechsel vornehmen müssen ein grausamer Vorschlag, der unsozialer kaum sein könnte.

Andererseits verweigert sich die Union unserem rot-grünen Antrag, die derzeitige Regelung, nach der über 52jährige maximal 26 Monate und über 57jährige sogar maximal 32 Monate Arbeitslosengeld erhalten können, bis 2008 zu verlängern. Gegen die Stimmen der Union haben wir die Verlängerung am 17.6. beschlossen. Das Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig im Bundesrat. Die CDU/CSU hat aber angekündigt, trotzdem Einspruch einzulegen und auf "Zeit" zu spielen, damit dieses Gesetz nicht in Kraft tritt! SAGT das den Über45jährigen, die in Sorge um ihren Arbeitsplatz sind und sich vor Hartz IV fürchten.

Zweitens: Die CDU will den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch in diesem Jahr von 6,5 Prozent auf 5 Prozent senken.

Die Folge: 11 Mrd. Euro würden der Bundesagentur für Arbeit pro Jahr in der Kasse fehlen. Das bedeutet, dass entweder das Arbeitslosengeld gekürzt oder Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose komplett gestrichen werden müssten: Das heißt, keine ICH-AG-Förderung mehr, KEINE Berufsverbereitenden Maßnahmen, KEINE Lohnkostenzuschüsse, KEINE Qualifizierung und Weiterbildung – die CDU will das FÖRDERN streichen, das FORDERN soll bleiben. Frei nach dem Motto: "Arbeitslose Abschreiben und aufs Abstellgleis."

Drittens: Angela Merkel verkündet: "Wir werden den Menschen sagen, dass wir uns vor allem auf diejenigen Dinge konzentrieren werden, die kein Geld kosten – also das Arbeitsrecht entrümpeln" und der Wirtschaftsrat legt noch einen drauf: "Der gesetzliche Kündigungsschutz gehört für alle Neueinstellungen abgeschafft, unabhängig von der Unternehmensgröße."

Dazu nur soviel: Unabhängig vom Alter kann jede Person heute auf 2 Jahre befristet eingestellt werden. Bei über 50jährigen existiert schon heute quasi kein Kündigungsschutz mehr. Sie können also unabhängig von den Regelungen für befristete Arbeitsverhältnisse jederzeit eingestellt und entlassen werden. Trotzdem liegt die Beschäftigtenquote bei den älteren Arbeitnehmern bei nur sage und schreibe 40 Prozent.

Leider hat die Lockerung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu einer massiven Einstellungswelle in den Betrieben geführt.

Fazit mit den Worten von Horst Seehofer: „Es gibt keinen Beleg, dass die Lockerung oder gar der Wegfall des Kündigungsschutzes zu mehr Beschäftigung führt.“ (Welt, 26.7.04) Damit hat er Recht, nur wissen wir

leider auch, dass seine Stimme in der CDU kein Gehör findet, der CDU-Wirtschaftsrat hingegen als graue Eminenz sein Sprachrohr in der Kanzlerkandidatin gefunden hat.

Viertens: "Entrümpeln des Arbeitsrechts" heißt für Angela Merkel auch, gegen Tarifverträge und Gewerkschaften ins Feld zu ziehen. Sie fordert eine gesetzliche Grundlage für betriebliche Bündnisse und MEINT IN WAHRHEIT „Aushebeln“ von Flächentarifen und Gewerkschaftsarbeit.

Was sie verschweigt: schon heute funktionieren die betrieblichen Bündnisse auch ohne Gesetz dank großer Flexibilität und engagierter Betriebsräte mit der Unterstützung von Gewerkschaften wunderbar, wo es erforderlich ist: und zwar nicht nur beim Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern auch bei der Ansiedlung und dem Erhalt von Betrieben in Deutschland, wie man etwa vor kurzem bei den Dräger-Werken in Lübeck gesehen hat.

Fünftens:

Edmund Stoiber verkündete in diesem Monat in der Zeit: „Die Steuerbefreiung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge wird innerhalb abgebaut.“ (Die Zeit, 2.6.05) Auch die Entfernungspauschale – besonders in unserem Flächenwahlkreis ein Punkt, der die arbeitende Bevölkerung hart trifft – soll abgeschafft werden. Die Zeche bezahlt wiederum der kleine Mann, denn:

Diejenigen Beschäftigten, die an Sonn-, Feiertagen und in der Nacht arbeiten, zahlen für Steuersenkungen zu Gunsten von Reichen. Denn im Gegenzug will die Union den Spitzensteuersatz von 42% auf 39% senken. Ein Busfahrer mit einem Jahresbruttolohn in Höhe von 20.000 € (Steuerklasse 1, Entfernung zur Arbeit 30 km, 2000 € Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge) müsste bei 2000 Euro Zuschlägen jährlich 313 € bzw. 17,6% mehr Steuern zahlen. Zum Vergleich: Einkommensmillionäre mit einem zu

versteuernden Jahreseinkommen von 500.000 Euro werden um rd. 14.000 Euro entlastet.

Spitzenverdiener erhalten Steuergeschenke auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die "Horrorankündigungen" der Union verdeutlichen: Der Union geht es um Kürzungen im Sozialbereich zugunsten von Besserverdienenden, Arbeitgebern und Wirtschaftsbossen. Merkel will nicht "Deutschland dienen", sondern ihrer Klientel .... Alles was wir bisher kennen: weniger Rechte für Arbeitnehmer, Steuerpolitik für Reiche, Weg von der sozialen Marktwirtschaft.

Der SCHWARZmalerei stelle ich UNSERE ERFOLGE gegenüber:

Wir haben hunderttausende Sozialhilfeempfänger aus der Sackgasse geholt und Zugang zu Vermittlung und Fördermaßnahmen verschafft. Dies wirkt sich auch in der Statistik aus: Von 2,8 Millionen Sozialhilfeempfängern 2004 sollten 1 Million als arbeitsfähig in das Arbeitslosengeld II kommen. Tatsächlich haben die 44 größten Städte in Deutschland heute nur noch 5% ihrer Sozialhilfeempfänger an Bord. – wer wundert sich da noch über eine ausufernde Statistik. Zu befürchten ist, dass Hartz IV wieder als Drehtüreffekt zwischen Kommunen und dem Bund genutzt worden ist und sich in diesem Bereich noch manches korrigieren wird, wenn die Anträge erst richtig geprüft werden konnten. Fakt bleibt aber, dass Menschen, die arbeitsfähig sind und bisher zwischen Arbeitslosen- und Sozialhilfe "verschoben" wurden, jetzt ein Anrecht auf Qualifizierung und Vermittlung haben und erstmals versichert sind. Das ist insbesondere für das Heer von Alleinerziehenden Müttern und ihre Kinder gut, die bisher perspektivlos in der Sozialhilfe gefangen waren.

Die Umstellung bedeutet erst einmal eine statistisch höhere Arbeitslosenzahl. Aber auch dazu stehen wir, denn es sind Menschen, die wir wieder zurückgeholt haben und denen wir eine Chance bieten. Erste leichte Erfolge zeigte die Statistik im Mai 05: die Zahl der Arbeitslosen sank um 161.000 auf 4,8 Millionen. Union und FDP haben die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik dagegen künstlich im Wahlkampf 1998 mit ABM geschönt.

Wir haben die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz IV-Empfänger verbessert, nachdem die CDU im Vermittlungsausschuss eigentlich jedes Einkommen bis 400 Euro verrechnen wollte. Es wurde blockiert, jetzt endlich haben sie unser Gesetz zur Anhebung des Freibetrages zugestimmt: Neben einem pauschalen Freibetrag von 100 Euro können bis zur Grenze von 800 Euro 20% und über 800 Euro – 1200 Euro 10% behalten werden.

Wir haben unseren Schwerpunkt auf die Weiterbildung, Qualifikation und Vermittlung von Arbeit bei den Unter 25jährigen gelegt.

Persönlich habe ich die Verstärkung der berufsvorbereitenden Maßnahmen durchgesetzt und 2002 und 2004 zusammen 136 Mio. Euro MEHR Geld erwirkt. Allein 2004 haben Lübeck und Ostholstein 720.000 Euro mehr Mittel für die berufsvorbereitenden Maßnahmen erhalten. Davon haben die Jugendaufbauwerke mit ihren Ausbildungsplätzen im Wahlkreis profitiert und viele junge Schulabgänger ohne Lehrstelle und Perspektive.

Die SPD investiert in "junge Köpfe" – beim Bafög, der Ganztagsbetreuung von Schulkindern, bei der Betreuung der ganz Kleinen.

Beispiel BAFÖG: Wir haben von 1998-2003 die Ausgaben des Bafög von 1,2 Mrd. Euro auf 2,03 Mrd. Euro fast verdoppelt und konnten die Studienanfängerzahlen um 100.000 auf 350.000 in 2003 erhöhen. (von 250.000 im Jahr 1998)

Heute erhält jeder 4. Student Bafög – auch hier haben wir einen enormen Anstieg der Bafög-Empfänger: von 1998-2003 von 340.000 auf 500.000, fast die Hälfte der Empfänger erhält den Höchstsatz von 585 Euro. Ein wichtiger Erfolg für uns ist auch die Erhöhung der Studentenzahl aus bildungsfernen Schichten um 30% – also Familien, wo die Eltern lediglich einen Hauptschulabschluss haben. Heute kommt jeder fünfte Student aus dieser Gruppe. Unser Weg ist richtig, denn bei uns kann jeder studieren, der möchte – egal aus welchem Elternhaus er kommt und egal wie viel die Eltern verdienen. Den Weg wollen wir auch weitergehen.

Die Union möchte dagegen Studiengebühren von 500 Euro – als ersten Schritt (Wirtschaftsrat: "Studiengebühren von 500 Euro pro Semester sind nötig, aber im internationalen Vergleich nur ein erster Schritt.") – das Bafög abschaffen und durch Kredite ersetzen, die nach dem Studium vollständig zurückgezahlt werden sollen! Ein Student, der ein Darlehen von 650 Euro monatlich bei einer Laufzeit von vier Jahren zur Finanzierung des Studiums beansprucht, hätte nach dem Studium dann rund 47.700 Euro Schulden. Bei einer monatlichen Rückzahlungsrate von 200 Euro wäre der Kredit nach rund 20 Jahren abbezahlt.

Studiengebühren, kein Bafög und Kredite: Studieren können bei der Union nur Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern. Weitere Vorschläge zur Bildungspolitik gibt es von der CDU nicht – außer das Bildungsministerium komplett abzuschaffen, wie es Maria Böhmer in der Welt verkündete. Für die Union ist Bildung also kein Thema in der Bundespolitik!

Demgegenüber hat die SPD die Bundesaussgaben für Bildung und Forschung um gut 35 Prozent erhöht. Hier liegt ein Schwerpunkt unserer Politik, der verteidigt und ausgebaut werden muss, damit wir zukunfts- und wettbewerbsfähig bleiben.

Investition in "junge Köpfe" – Beispiel Ganztagsbetreuung:

Weil Länder und Kommunen ihrem Auftrag dem Ausbau von Bildung und Betreuung nicht genügend nachkamen, beschloss die SPD 2003 ein 4 Mrd. Euro schweres Ganztagsbetreuungsprogramm im Bund.

Seitdem ist die Schullandschaft in Bewegung geraten – nicht immer zur Freude konservativer Ministerpräsidenten. In Schleswig-Holstein wurden bereits über 72 Mio. Euro bewilligt, allein in Ostholstein erhielten 16 Schulträger seit 2003 die Anerkennung des Bildungsministeriums als offene Ganztagschule, in Reinfeld erhielten 3 Schulen positive Zuwendungsbescheide. Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler freuen sich darüber ebenso wie Jugendpfleger, Kinderschutzbund, Vereine und Verbände.

Die Union lehnt das Paket ab – in Unionsdominierten Bundesländern wird das zur Verfügung stehende Geld nicht immer ausgereizt – auf Kosten von Kindern und berufstätigen Müttern und Vätern.

Investition in "junge Köpfe" – Beispiel Betreuung von Unter 3jährigen:

Mit der gesetzlich festgelegten Entlastung aus Hartz IV für die Kommunen von 2,5 Mrd. Euro haben die Kommunen den Spielraum erhalten, die Betreuung der Unter 3jährigen auszubauen. 1,5 Mrd. Euro sollen nach unserem Willen dafür verwendet werden, um eine flächendeckende Betreuung zu erreichen.

...

Für die Kommunen haben wir mit der Gemeindefinanzreform – die wiederum durch Kompromisse und Blockierung durch die Union abgeschwächt wurde – viel erreicht. Die Nettogewerbesteuereinnahmen erholen sich wieder und stiegen für die Kommunen 2004 um 35,7% an. 5 Mrd. Euro flossen 2004 mehr in ihre Kassen. Grund ist die drastische Senkung der Gewerbesteuerumlage und die Einführung der Mindestgewinnbesteuerung für große Unternehmen. Absurd ist, dass ausgerechnet jetzt CDU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen und den Kommunen diese sprudelnde Quelle abdrehen wollen.

Durch die drei Stufen der Steuerreform sind den Unternehmen und den privaten Haushalten 56 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt worden. Wir haben den Spitzensteuersatz – unter wirtschaftlich weit besseren Bedingungen –, der bei unserem Amtsantritt 1998 bei 53 Prozent lag, auf 42 Prozent gesenkt. Das reicht dicke. Wir haben den Eingangsteuersatzes von 25,9% auf 15% gesenkt und den Grundfreibetrag von 6.322 € auf 7.664 € angehoben. Wir haben eine uralte Forderung des Mittelstandes, nämlich die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Unternehmensteuer der Personengesellschaften – das ist bekanntlich die Einkommensteuer –, erfüllt. Großes Lob haben wir dafür nicht bekommen, obwohl wir es verdient gehabt hätten. [...] Diesen Erfolg sollte man sich nicht kaputt machen lassen. Die Folge dessen ist, dass Deutschland in diesem Bereich eine Steuerquote hat, die im unteren Drittel des europäischen Geleitzuges liegt. Wir haben über 70 Steuersubventionen abgeschafft und wollten noch viel mehr – leider hat die Union unsere Vorschläge blockiert. Fest steht: CDU und CSU haben jahrelang den Abbau von Steuersubventionen blockiert und damit die schwierige Finanzlage mit verschuldet. 17 Mrd. Euro sind es, die Bund, Ländern und Kommunen Jahr für Jahr fehlen und die die Union zu verantworten hat.

Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage wollten wir die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung stärken. In Zukunft könnten damit 6 bis 8 Mrd. Euro mobilisiert werden. Von der Union wurde der Vorschlag jahrelang blockiert. Jetzt auf einmal fordern sie selbst die Abschaffung der Eigenheimzulage und darüber hinaus weitere Möglichkeiten zum "Abbau des Sozialstaates", wie Wegfall der Pendlerpauschale und der steuerfreien Nacht-, Sonntags- und Feierzuschläge.

Das zeigt, was uns mit der Union blühen würde: Eine Steuerpolitik für Reiche. Denn irgendwie muss ja die Kopfpauschale, die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Gewerbesteuer finanziert werden.

Der Wirtschaftsrat der CDU redet Klartext: Eine große Steuerreform soll her, die die Sätze kräftig senkt – vornehmlich den Spitzensteuersatz! Alle Privilegien und Abzugsbeträge sollen gestrichen und damit 163 Steuerschlupflöcher geschlossen werden – den Abbau der Steuersubventionen hätten sie mit uns schon viel früher haben können! Die Steuerlast der Unternehmen muss unter 30 Prozent sinken, die Gewerbesteuer ist abzuschaffen.

Ich möchte noch zu einem letzten – einem sehr wichtigen Thema kommen. Der Irakkrieg und die Folgen haben die Welt verändert – Gerhard Schröder hat verhindert, dass deutsche Soldaten in diesem FALSCHEN KRIEG stationiert wurden. erinnert euch an den letzten Wahlkampf. Union und Medien unterstellten, Gerhard Schröder und die SPD würden ihre Position zum Irak-Krieg nur für den Wahlkampf "zur Schau stellen." – Wir haben diese Position durchgehalten und WIR ALLE SIND STOLZ darauf, denn es war richtig angesichts der Lügen der USA, angesichts des Angriffskrieges.

Ich will es sogar noch deutlicher sagen und meine das ganz ernst: Unter einem Kanzler Stoiber hätte es deutsche Soldaten im Irak gegeben. NUR ALLEIN DAFÜR, dass wir das verhindern konnten, hat es sich gelohnt, die Wahl 2002 zu gewinnen. ...

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Willy Brandt hat einmal gesagt: "Nur wer verantwortungsbewusst zu verändern versteht, kann bewahren, was sich bewährt hat."

Unser Prinzip Sozialstaat, unsere sozialen Sicherungssysteme, die soziale Verantwortung unserer Gesellschaft – diese Werte haben sich bewährt. Sie sind die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Sie sollen es auch bleiben. Dafür habe ich mich eingesetzt, dafür werde ich mich auch künftig einsetzen und dafür steht – nach wie vor – die SPD!

WIR haben Reformen eingeleitet, die es lohnen, fortgesetzt zu werden. Sie brauchen aber das Profil der sozialen Gerechtigkeit und nicht die kaltschnäuzige Ellenbogenmentalität von CDU und FDP.

Die Union möchte eine andere Republik. Sie möchte den Kündigungsschutz abschaffen, Flächentarife und Gewerkschaften aushebeln, die kleinen Leute zur Senkung des Spitzensteuersatzes belasten, sie möchte das Bafög ab- und Studiengebühren flächendeckend anschaffen und Sozialleistungen massiv kürzen. Sie legt die Axt an die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, so dass sich sogar Ludwig Ehrhard im Grabe umdrehen würde. Die CDU will nicht länger, dass der Stärkere für den Schwächeren einsteht, sie gibt die Solidarität in der Gesellschaft auf nach dem Motto: "WEG FREI für noch mehr Ellenbogenmentalität und Marktradikalismus."

Auch wenn die CDU in ihrer Kommunikation "ein Sack Kreide gefressen" hat, müssen WIR den Menschen übersetzen, welche Wirklichkeit sich

hinter schönfärberischen Begriffen wie "Kopfpauschale, "Entrümpeln des Arbeitsrechts" verbirgt.

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Menschen diese Republik wirklich wollen – es ist ein Angriff auf ihre Lebensqualität und sie sollen uns nicht nach der Wahl vorwerfen können, dass wir sie vorher nicht informiert hätten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
unser Standpunkt ist ganz klar: Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist kein Luxus, den man in schwieriger werdenden Zeiten beiseite schaffen könnte. Deshalb möchte ich mit euch zusammen für seinen Erhalt kämpfen!